LANDKREIS TÜBINGEN

Auszug
aus der Sitzung
des Kreistages
am 27.05.2020

Anwesend:	**Abwesend:**

Vorsitzender

Walter, Joachim,	

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Baumgärtner, Ulrike, Dr.,	
Baur, Simon,	
Bausch, Marie-Luise,	
Brunotte, Martin, Dr.,	
Dreher-Reeß, Gabriele,	
Franz, Annika, Dr.,	
Gumbinger, Christin,	
Hickmann, Gerd,	
Hirning, Jürgen,	
Kücük, Asli,	
Lambrecht, Klaus,	
Peony, Elena,	
Raiser, Wolfgang, Dr.,	
Schröder-Kappus, Elisabeth,	
Setzler, Ruth,	
Zorn, Nina,	

Freie Wählervereinigung (FWV)

Betz, Egon,	
Bulander, Michael,	
Hamm, Margot,	
Heß, Steffen,	
Hofelich, Manfred,	
Hofer, Georg,	ab 18:10 Uhr
Hölsch, Thomas,	
Höritzer, Gebhart,	ab 17:30 Uhr
Kuppler, Wilfried,	
Noé, Thomas,	
Reichert, Joseph Otto,	
Schmid, Gunter,	
Siebert, Ulf,	
Soltau, Jürgen, Dr.,	
Zimmermann, Jörg,	

Zürn, Klaus,	

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Braun, Andreas,	
Dürr, Erika,	
Engesser, Thomas,	
Federle, Lisa, Dr.,	ab 16:45 Uhr
Hallmayer, Kurt,	ab 17:30 Uhr
Halm, Christel,	ab 18:15 Uhr
Höschele, Eugen,	
Neher, Stephan,	
Nill, Werner,	
Schimpf, Martin,	ab 17:30 Uhr
Tappeser, Klaus Wilhelm,	

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Bednarz, Hendrik, Dr.,	ab 18:30 Uhr
Haas, Friedhelm,	ab 18:20 Uhr
Harsch, Daniela, Dr.,	
Kloos, Ursula,	ab 18 Uhr
Lucke, Michael,	
Schwarz-Österreicher, Uta,	
Valin, Arno,	
Weber, Andreas, Dr.,	bis 16:15 Uhr

Tübinger Linke / Die Linke (Linke)

Linder, Andreas,	
Paal, Margrit,	ab 18:30 Uhr
Peter, Emanuel, Dr.,	
Strasdeit, Bernhard,	

Freie Demokratische Partei (FDP)

Freiherr Rassler von Gamerschwang, Max-Richard,	
Mayer, Gerhard,	
Raidt, Tobias,	
Schöning, Dietmar,	

Partei f. Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung u. basisdemokratische Initiative (PARTEI)

Eichenbrenner, Jürgen,	
Vogt, Markus,	

Alternative für Deutschland (AfD)

Schillinger, Wolfram,	
Ullmann, Hardy,	

Geschäftsbereichsleiter

Lipinski, Horst,	
Messner, Hans-Erich,	

Nuxoll, Jasmin,	
Walz, Werner,	

Verwaltung

Spellenberg, Bastian,	

Entschuldigt:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Joachim, Christoph,	
Kracht, Sabine, Dr.,	

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Bamberg, Michael, Prof. Dr.,	

Tübinger Linke / Die Linke (Linke)

Kehrer-Bleicher, Gisela,	

Verwaltung

Guizetti, Martina,	

Schriftführerin

Schmitt, Andrea,	

Vorbemerkung:
Die Sitzung wurde ordnungsgemäß einberufen, das Gremium ist beschlussfähig.

Öffentlich

TOP 6 Antrag der Fraktion der Tübinger Linke: Sichere Häfen 014/20

LR Walter erläutert den Sachverhalt anhand der Kreistagsdrucksache Nr. 014/20. Der aktuell vorliegende Antrag ist nun ein interfraktioneller Antrag. Neben den Ziffern 1 und 2 enthält dieser den Zusatz, dass der Landkreis dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“ beitritt.

Die FDP-Fraktion führt aus, dass es wichtig ist, dass der Landkreis den Städten und Gemeinden im Kreis, die selbst Mitglied im Bündnis sicherer Hafen sind, seine Solidarität bekundet. Aktuell sind dies die Städte Rottenburg und Tübingen. Es wird weiter ausgeführt, dass wichtig ist zu bekunden, dass die Zustände in den Lagern auf den griechischen Inseln untragbar sind und, dass man dafür eintreten muss, die Zustände zu beenden. Es kann nur ein erster Schritt sein, der jedoch wichtig ist, wenn die Bundesregierung im Rahmen eines europäischen Programmes gesagt hat, dass

1600 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgenommen werden. Ebenso, dass die ersten 47 Geflüchteten nun in Deutschland angekommen sind. Auch, dass diesem ersten Schritt weitere folgen müssen, muss der Kreistag gemeinsam sagen. Auch positiv hervorgehoben werden muss, dass nachdem die Bewegung sichere Häfen so viel Kraft entwickelt hat, auch der Bundesinnenminister gesagt hat, dass Deutschland von den aus Seenot geretteten Flüchtlingen etwa ein Viertel aufnehmen soll. Es bleibt nur ein Punkt des interfraktionellen Antrages übrig, bei dem man sich nicht einig geworden ist. Die FDP-Fraktion lehnt es ab eine reine Symbolpolitik hinter der nichts steht zu betreiben. Den Landkreis Tübingen zu einem sicheren Hafen zu erklären, hätte über die genannten Erklärungen hinaus keinen praktischen Wert. Eine Stadt kann erklären, mehr Geflüchtete Menschen aufzunehmen, ein Landkreis nicht. Es wird darum gebeten, zuerst die Ziffern 1 und 2 abzustimmen und dann den eingebrachten Zusatz getrennt abzustimmen.

Die Linken-Fraktion bedankt sich bei denjenigen, die das Zustandekommen des Antrages ermöglicht haben, nimmt zu dem Antrag Stellung und kritisiert, dass bei dem interfraktionellen Antrag nun nicht viele Punkte aus dem ursprünglichen Antrag der Fraktion übriggeblieben sind. Von der Stellungnahme der Verwaltung zum ursprünglichen Antrag ist die Fraktion enttäuscht, weil nur Punkte enthalten waren, die besagen was nicht umgesetzt werden könnte. Der interfraktionelle Antrag wäre nun ein Kompromiss, den die Fraktion mittragen kann.

Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, dem Zusatz zuzustimmen.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits durch ihr Handeln die geforderte Solidarität zeigt, denn die aus Seenot geretteten Flüchtlinge, die beispielsweise die Stadt Rottenburg aufgenommen hat, werden über das selbe Kontingent versorgt, wie alle Geflüchteten. Die Fraktion spricht sich dafür aus, hier ein Zeichen zu setzen, dass die EU zusammen handeln muss. Den Zusatz des Antrages möchte die Fraktion nicht unterstützen, da die Entscheidung, dem Bündnis beizutreten, jede Kommune selbst treffen sollte und die Situation je nach Region unterschiedlich ist. Der Landkreis könne keine Entscheidung treffen, die zu Lasten der Städte und Gemeinden gehe.

LR Walter erklärt, dass er es kritisch sieht als Landkreis einem Städtebündnis beizutreten und zudem die geforderte Hilfe bereits geleistet wird.
Es werden Ziffer 1 und 2 des Antrages zusammen abgestimmt und anschließend getrennt davon der Zusatz.

Der Kreistag stimmt Ziffern 1 und 2 des interfraktionellen Antrages mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung zu.

Der Kreistag stimmt dem Zusatz des interfraktionellen Antrages bei 26 Gegenstimmen mehrheitlich zu.

Für die Richtigkeit
des Auszugs

Schriftführer(in)